

Bericht des Vorstandes – 1. Plenum 17.08.2022

Liebe Mitglieder des LSBB,
Werte Gäste,

Berlin steht mit den anhaltenden Krisen ob Pandemie, Flüchtlings- und Klimakrise, dem Ukraine Krieg und der zu erwartenden Rekordinflation, vor unglaublichen großen Herausforderungen.

Der LSBB steht damit ebenso vor seiner größten Herausforderung in dieser von Krisen dominierten Zeit. Im Vordergrund steht für uns die Interessen der Älteren, der Seniorinnen und Senioren in Berlin zu vertreten und ihre Mitwirkung zu stärken.

Wie bekannt hat das Berliner Abgeordnetenhaus am 23.06. 2022 das Gesetz über den Berliner Haushalt und den Haushaltsplan für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen. Damit will Berlin zum einen Vorsorge treffen, zur Minderung künftiger finanzieller Risiken und zum anderen Prioritäten setzen, damit Berlin auf die Krisen reagieren kann.

Der Vorstand des LSBB stellt fest, dass dieser Haushalt die besondere Bedeutung und die Wertschätzung der Älteren in Berlin anerkennt.

Es sind Entscheidungen in die richtige Richtung getroffen. Auch für die Umsetzung unserer Forderungen wurden entsprechende finanzielle Mittel in beiden Jahren eingeplant.

Der Haushaltsplan beinhaltet große Chancen - aber auch Risiken.

Der weitere Pandemieverlauf ist, wie auch der Krieg in der Ukraine mit seinen Auswirkungen, nicht einschätzbar.

Gerade eine anhaltende Rekordinflation könnte die bereits vorhandene Altersarmut massiv verstärken und in der Bevölkerung zu einer Massenarmut führen.

Die Senior*innen dieser Stadt erleben, wie auch alle Berliner die steigenden Preise von Lebensnotwendigem u.a. von Energiekosten.

Instrumente für den garantierten Schutz vor Armut liegen jedoch beim Bund.

Betrachten wir die Armutsentwicklung unter regionalen Aspekt wird deutlich, dass Berlin und das Schlusslicht Bremen, weit abgeschlagen von anderen Bundesländern eine Armutsquote von 28 Prozent aufweisen.

Der LSBB bekräftigt seine Auffassung, dass das Entlastungspaket des Bundes ungerecht und unzureichend ist. Haushalte, die keine Steuern bezahlen und keine Sozialleistungen beziehen sind außen vor. Es ist u.a. die klassische alleinlebende Rentnerin, die kaum entlastet wird.

Wir bekräftigen daher den Appell des Paritätischen Wohlfahrtsverband, mit dem er auf die aktuelle Inflation und auf die weitere Verschärfung der Lage hinweist.

Auch wir fordern ein weiteres Entlastungspaket, das bei den fürsorgerischen Maßnahmen ansetzt und zielgerichtet eine wirksame Hilfe für einkommensarme Haushalte darstellt.

Ein erneutes Entlastungspaket wird nun in der Ampelkoalition im Bund diskutiert, soll aber erst 2023 wirksam werden.

Der LSBB erwartet, dass sich Senat und Abgeordnetenhaus ohne Zeitverzug gegenüber der Bundesregierung für Gleichberechtigung bei den Entlastungspaketen einsetzt und fordert eine Einmalzahlung von 300 Euro auch für Rentner*innen, Studierende und Selbständige.

Er begrüßt, dass der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses einen Krisenfonds von 380 Millionen Euro beschlossen hat, um die Härten abzufedern.

Erfreulicherweise gilt das nicht nur für öffentliche Einrichtungen, sondern auch für Private, die ihre Energiekosten nicht mehr tragen können.

Die Forderungen von Wohlfahrtsverbänden zum Umgang mit steigenden Energiepreisen und einer möglichen Energiekrise finden unsere ungeteilte Zustimmung. Soziale Organisationen, ihre Einrichtungen und Angebote werden ebenfalls von den gestiegenen Energiekosten betroffen sein. Diese Mehrkosten sollte das Land übernehmen. Gleichzeitig regen wir an, Stadtteilzentren und Begegnungsstätten als mögliche Wärmepunkte zu nutzen.

Mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass ab 01.09. das Bundesgesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) in Kraft tritt. Alle ambulanten Pflegedienste, vollstationäre Langzeitpflegeeinrichtungen, Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegen mit einer SGB XI Zulassung müssen ihre Pflege- und Betreuungskräfte tarifanalog bezahlen. Während die meisten Arbeitnehmer*innen eine Lohnsteigerung erhalten, bleiben die Leistungsbeträge der Pflegeversicherung unverändert. Somit werden die Kosten für die Umsetzung des Bundesgesetzes von den pflegebedürftigen Menschen mit steigender Eigenbeteiligung zu tragen sein. Wir werden uns dazu mit der Senatsverwaltung WPGG verständigen und nach entsprechenden Informationen zur Umsetzung unsere Stellungnahme erarbeiten.

Liebe LSBB Mitglieder,

der Vorstand traf sich am 24.05. und am 30.06. zu seiner Vorstandssitzung. Am 30.06. fand zudem auch die Koordinierende Beratung mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales statt.

Während am 24.05. die Auswertung der Seniorenvertretungswahlen in den Bezirken erfolgte, hatte sich der Vorstand am 30.06. über die Arbeitsweise und Struktur des LSBB, über die Ziele und Arbeitsschwerpunkte verständigt. Die Organisation einer Wochenendklausur zur Vertiefung der Themen, noch in diesem Jahr wurde angeregt.

Darüberhinaus wurden die geplanten und abgestimmten Termine der Gespräche mit den Fraktionen, Abgeordneten und Senatsverwaltungen koordiniert, ein Vorschlag zur Benennung von Fachsprecher*innen und Bildung von Arbeitsgruppen behandelt. Bei allen Gesprächen sollte das „Altenhilfestrukturegesetz“, die Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes, die Umsetzung der Seniorenpolitischen Leitlinien und die Anforderungen der Digitalisierung thematisiert werden.

Bis zum heutigen Tag fanden diese Gespräche mit der Fraktion DIE LINKE, mit der FDP, der SPD und der CDU statt. Zwei Fraktionen stehen noch aus.

Wir erlebten bei allen eine große Aufgeschlossenheit, verbunden mit dem Interesse an unseren Vorhaben.

Jetzt müssen wir sie, wenn es um die konkrete politische Umsetzung geht beim Wort nehmen. Die Voraussetzungen sind gut. Einige der Abgeordneten haben schon in der Lenkungsgruppe des LSBB zum § 71 SGB XII -Altenhilfestrukturgesetz mit gearbeitet. Die Steuerungsgruppe wird sich im Oktober wieder treffen und sich über den Dialogprozess verständigen.

Inzwischen hat der Senat ja auch die Entscheidung getroffen, das die „Altenhilfe“ in der Zuständigkeit der Senatsverwaltung WGPG verbleibt.

Somit ist diese Senatsverwaltung auch für das Gesetzgebungsverfahren zum „Altenhilfestrukturgesetzes“ zuständig.

Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Am 30.06. traf sich die Lenkungsgruppe zu den „Seniorenpolitischen Leitlinien“ zu ihrem 2.Termin.

Sie hat den Rücklauf des Monitorings ausgewertet. Daran haben sich alle Senatsverwaltungen beteiligt. Von den 65 geplanten Maßnahmen wurden 10 bereits abgeschlossen, 44 in Bearbeitung und 11 wurden noch nicht begonnen.

Nachfragen gab es zum Thema der „Interkulturellen Öffnung der Altenhilfe“. Hier wurde festgestellt, dass nicht in allen Bezirken entsprechende Angebote etabliert oder angeboten werden. Die Senatsverwaltung IAS unterbreitete einen Vorschlag zur Durchführung eines Fachtag zu den Leitlinien, der am 29.09. stattfindet.

Beide Vorstände haben, der Bitte der Senatorin Katja Kipping Rechnung tragend, eine gemeinsame Stellungnahme zur Evaluierung und Weiterentwicklung des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes erarbeitet. Sie wird ihr bis 19.08. übergeben.

Der Vorstand bittet die Mitglieder um Stellungnahmen und Hinweisen zur aktuellen Geschäftsordnung. Die Zuarbeiten fließen dann in einen Entwurf der Geschäftsordnung ein, der auf dem Plenum am 21.09. zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Liebe Mitglieder des LSBB,

wie bekannt hatten sich 19 Organisation um die 12 Plätze im LSBB beworben.

Jene, die leider nicht Mitglied werden konnten, sind herzlich als Gäste eingeladen.

Entsprechend §10 unserer Geschäftsordnung können der Vorstand und die Fachsprecher*innen Sachverständige bzw. Fachexpert*innen von Institutionen von Organisationen und Verbänden sowie andere Gäste zur Arbeit hinzuziehen.

Wir freuen uns auf diese kompetente Unterstützung.

Die 48. Berliner Seniorenwoche unter dem Motto „ In Vielfalt leben“ vom 24.09. bis 01.10.2022 steht vor der Tür. Der Vorstand bittet sie um aktive Mitgestaltung beim Auftakt am 24.9. beim Markt der Möglichkeiten, beim Fachtag, bei der Abschlussveranstaltung, als Aussteller*in oder Besucher*in der vielfältigen Angebote und Veranstaltungen in der ganzen Woche.

Eveline Lämmer

Vorsitzende